

Freiwilligkeit in Frage gestellt

Wehrbeauftragter: Wehrpflicht ist »nächster Schritt« bei anhaltendem Personalmangel

Von Philip Tassev

Man sollte annehmen, ein Wehrbeauftragter, der sich als »Sprachrohr der Soldaten« betrachtet, sollte für den Frieden eintreten und der Deeskalation höchste Priorität einräumen. Schließlich sind die »Dienstbedingungen«, für deren Verbesserung sich der Wehrbeauftragte nach eigener Darstellung stark macht, nirgendwo so schlecht wie etwa unter feindlichem Beschuss in einem Schützenloch. Doch kommt das Wort Frieden in dem am Dienstag von Henning Otte (CDU) in Berlin vorgelegten Jahresbericht des Wehrbeauftragten nur einmal vor. Dafür finden sich reichlich Klagen über die angeblich zu langsam voranschreitende »Zeitenwende« und fehlendes Personal.

Zunächst wird der Ist-Zustand der deutschen Armee präsentiert. Demnach verfügte die Bundeswehr im Jahre 2025 über 184.194 aktive Soldaten – davon 59.447 Berufssoldaten, 112.578 Soldaten auf Zeit sowie 12.169 freiwillig Wehrdienst Leistende. Das ist eine Erhöhung um 3.000 Soldaten gegenüber dem Vorjahr, was das Jahr 2025 zum »einstellungsstärksten« seit der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 machte. Das reicht den Planungsstäben selbstverständlich nicht. Der Bericht erinnert an die Zusage der Bundesregierung an die NATO, die Anzahl der aktiven Soldaten auf bis zu 270.000 im Jahr 2035 und die der verfügbaren Reservisten auf mindestens 200.000 ab dem Jahr 2033 zu erhöhen. Nur durch diesen »zwingend« erforderlichen Personalzuwachs entstehe »glaubhafte Abschreckung«.

Wie der Bericht feststellt, ist die Bedeutung der Personalgewinnung also weiter gestiegen – »und mit ihr die bestehenden Herausforderungen«. Zu diesen Herausforderungen zählt die Bundeswehr offenbar ein sinkendes Interesse der Jugend an einem Dienst an der Waffe und verweist auf eine eigene Studie, wonach »sich nur elf Prozent der befragten 16- bis 29jährigen eine berufliche Tätigkeit als Soldatin oder Soldat vorstellen« könne. Ein deutlicher Rückgang gegenüber dem Vorjahr also, als sich noch rund 19 Prozent der Befragten eine »Tätigkeit« als Soldat vorstellen konnten. Die im Bericht angesprochenen Werbemaßnahmen – »wie beispielsweise bundesweit durch Plakate im öffentlichen Raum und auch regional auf Brötchentüten beim örtlichen Bäcker« – scheinen da noch nicht so richtig wirksam zu sein. Folglich heißt es: »Sollte das derzeitige Modell der Freiwilligkeit tatsächlich nicht genügend Aufwuchs bringen, ist die Rückkehr zu einer Wehrpflicht der konsequente nächste Schritt.«

Der Wehrbeauftragte plädiert in diesem Zusammenhang auch für einen Ausbau der »sinnvollen« Kooperation des Militärs mit der Bundesagentur für Arbeit. Gelobt werden dabei auch bereits realisierte Maßnahmen wie »die zielgerichtete Präsenz der Bundeswehr in den Liegenschaften der

Bundesagentur, beispielsweise durch örtlich anwesende Karriereberater«. Zudem sei es »gut«, dass die Bundesagentur für Arbeit ihren Mitarbeitern in Kooperation mit der Bundeswehr »freiwillige Informationsveranstaltungen zu Angelegenheiten der Streitkräfte« anbiete. Allerdings wird in Frage gestellt, »ob diese lediglich auf Freiwilligkeit beruhende Praxis eine ausreichende Anzahl an Mitarbeitenden erreicht«.

Ein weiteres Problem neben der Anwerbung von frischem Menschenmaterial ist aber auch das Halten von Personal. Zwar hätten mit rund 25.000 Soldaten »erheblich mehr« Menschen ihren Dienst bei der Bundeswehr neu angetreten als im Vorjahr mit rund 20.000. Die Armee müsse aber sicherstellen, dass dieser Zuwachs nicht durch eine ebenso erhöhte Anzahl von Kündigungen und Entlassungen »konterkariert« wird. Denn die Abbruchquote bei der Bundeswehr bleibt hoch. Sie betrug zum Ende 2025 vorläufig 19,8 Prozent gegenüber 19 Prozent Ende 2024.

Die Zahl der Widerrufe könne sich bis Juni allerdings weiter erhöhen, da dann erst die Probezeit für alle neu Angetretenen beendet sei. Inklusive Entlassungen betrug die endgültige Abbruchquote 2024 sogar 25,2 Prozent. Deswegen sei es nötig, bei Werbeveranstaltungen »ein realistisches und glaubwürdiges Bild der Tätigkeiten in den Streitkräften zu vermitteln«, um »von vornherein falsche Vorstellungen vom Soldatenberuf oder spezifischen Verwendungen zu vermeiden«.

<https://www.jungewelt.de/artikel/518541.jahresbericht-des-wehrbeauftragten-freiwilligkeit-in-frage-gestellt.html>